

Markus Lunau	CDU
Heinz Mentrup	CDU
Heinz Niederschmidt	CDU
Klaus Overesch	CDU
Roswitha Roeing-Franke	CDU
Georg Schulze Bisping	CDU
Klaus Teichmann	UBG
Jutta Tiefenbach	UBG
Friedhelm Timpert	CDU
Martin Uphoff	CDU
Marco Upmann	CDU
Jan Van de Vyle	UBG
Herbert van Stein	UBG
Helmut Walter	FDP
Andreas Winkler	SPD
Markus Wrobel	FDP

Behindertenbeauftragter

Heinrich Rütering

Teilhabebeauftragter

Von der Verwaltung

Christian Driever

Karsten Fuchte

Kerstin Juta-Wiggeshoff

Daniel Krüger

Jonas Sonntag

Als Gast

Herr Suhre, nts

Herr Van der Giet, Fa. Gnegel

Schriftführung

Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Die Bürgermeisterin stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates der Gemeinde Nottuln fest.

2	Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt
----------	---

Zur Unterzeichnung der heutigen Sitzungsniederschrift wird einstimmig Ratsfrau Jutta Tiefenbach bestimmt.

3	Mitteilungen
----------	---------------------

Die Bürgermeisterin informiert, dass die CDU beantragt, den Antrag vom 29.03.2018 (Straßenschild „Durchfahrt für LKW verboten, Anlieger frei“) als Tagesordnungspunkt zu diskutieren. Diesem Ansinnen stimmt der Rat zu. Die Beratung erfolgt unter dem neuen TOP 5.7.

Ratsherr Richard Dammann stellt den Antrag, dass die Bürger zu den drei Bauangelegenheiten (TOP 5.1 bis 5.3) Stellung nehmen können. Die Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Nottuln lässt dies nicht zu. Die Bürgermeisterin erläutert jedoch, dass nichts dagegen spricht und stellt den Antrag zur Abstimmung, der von dem Gremium einstimmig angenommen wird. Weiterhin informiert sie über die Gründung einer neuen Fraktion der Ratsherren Stephan Hofacker und Ludger Jaxy. In diesem Zusammenhang weist sie auf die Neuberechnung der Ausschussbesetzung hin, um die Spiegelbildlichkeit einzuhalten.

4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Auf die Frage eines Bürgers hin zur Sanierung der Wirtschaftswege nach dem Bau der Umgehungsstraße erklärt Herr Krüger, dass die Schäden vom Landesbetrieb Straßenbau NRW beseitigt worden sind.

5 Bau- und Planungsangelegenheiten

5.1 Barrierefreier Umbau Ortskern Nottuln 2. Bauabschnitt: Beschluss über das Bauprogramm Vorlage: 045/2018

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 1 beigelegt.

Herr Fuchte erläutert den Sachverhalt. Er informiert, dass der 2. Bauabschnitt wie beschlossen deutlich verkürzt werde. Weiterhin werden die bewährten Materialien des 1. Bauabschnittes Verwendung finden. Herr Fuchte korrigiert die in der Beschlussvorlage dargestellten KAG-Beiträge in Höhe von 114.400,- € = 55 %. Richtig sind rund 40 % der Kosten, wobei damit die Einnahmen auf ca. 85.000,- € sinken. Hierdurch erhöhen sich jedoch Einnahmen aus der Städtebauförderung.

Ratsherr Richard Dammann sieht in dem 2. Bauabschnitt keine Notwendigkeit und lehnt die Maßnahme ab. Im Verlauf der weiteren Aussprache beantwortet Herr Fuchte die Fragen der Ratsmitglieder.

Beschluss:

1. Dem Bauprogramm für die Realisierung des 2. Bauabschnittes der Maßnahme „Barrierefreier Umbau Ortskern Nottuln“ wird zugestimmt. Die Ausführung der Sanierungsarbeiten erfolgt dabei entsprechend des Maßnahmenplans für den 2. Bauabschnitt (s. Anlage 2).

2. Mit Vorliegen des Fördermittelbescheids wird die Verwaltung mit der sofortigen Umsetzung des Bauprogramms beauftragt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja: 29	Nein: 2	Enthaltung: 0
--------	---------	---------------

5.2 Sanierung Platz Hanhoff: Beschluss über das Bauprogramm

Vorlage: 046/2018

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 2 beigelegt.

Herr Fuchte erläutert den Sachverhalt. Er informiert über die Oberflächen der Fahrbahn, der Parkplätze und der übrigen Flächen.

Im Bereich der Bäckerei sollen ein Hochbeet sowie weitere Sitzmöglichkeiten die Aufenthaltsqualität erhöhen. Insgesamt wird mit dem 1. Bauabschnitt, der Fertigstellung des 2. Bauabschnitts im nächsten Jahr sowie der grundlegenden Sanierung „Hanhoff“ eine optische Einheit realisiert, die mit einer Aufwertung des Ortes einhergeht. Hinsichtlich der privaten Flächen werden noch Gespräche mit den Eigentümern geführt, um ein einheitliches Erscheinungsbild zu gewährleisten. Bezüglich der Erhebung der KAG-Beiträge wird eine Einzelfallsatzung beschlossen werden müssen.

Im Verlauf der Aussprache wird diskutiert, den Mittelbereich mit den Bänken zugunsten von Grünanlagen, Liefer- und Gehwegflächen einzugrenzen. Herr Heinrich Rütering wirbt für möglichst viele Bänke im Hinblick auf eine behindertengerechte Aufenthaltsmöglichkeit. Frau Jutta Wiggeshoff verdeutlicht in diesem Zusammenhang nochmals die Grundidee aus dem integrierten Handlungskonzept, den Aufenthaltscharakter auch mit Sitzmöglichkeiten zu erhöhen. Ratsherr Markus Wrobel weist auf die Notwendigkeit breiterer Eltern-Kind-Parkplätze hin. Dies nimmt die Bürgermeisterin als eine gute Anregung auf. Hinsichtlich der Parkplatzsituation sieht Herr Fuchte die vier Behindertenparkplätze, die eingerichtet werden, als gute Quote. Ratsherr Thomas Hülsken befürwortet die Forcierung der Funktionalität des Platzes und eine Begrenzung der Aufenthaltsqualität, da nach Ladenschluss dieser Bereich nicht mehr frequentiert wird. Auf seine Frage zu den KAG-Beiträgen hin informiert Herr Fuchte, dass die Hauptgeschäftsstraße mit einem Beitragssatz von 40 % und der Gehweg mit 60 % berechnet werden. Er sagt zu, dass bei der Erstellung des Entwurfs der Einzelfallsatzung geprüft wird, ob alternativ niedrigere Beiträge erhoben werden dürfen.

Nach dieser Aussprache stellt Ratsherr Richard Dammann folgende Anträge:

1. Auf die Bänke im Mittelbereich wird verzichtet.
2. Anpflanzung von 4 Bäumen (statt 3) im Mittelbereich.
3. Auf die Einbahnstraße wird verzichtet.
4. Die Pflasterung erfolgt großformatig.

Ratsherr Markus Lunau beantragt eine Sitzungsunterbrechung (20:05 Uhr bis 20:13 Uhr).

Ratsherr Jan Van de Vyle sieht den Beschlussvorschlag weitgehender als die 4 Anträge und lehnt diese damit ab. Anknüpfend stellt die Bürgermeisterin folgenden Beschluss zur Abstimmung: Der Gesamtbeschluss gem. Beschlussvorlage wird als weitgehender Beschluss angenommen.

Abstimmung: Ja 16 Nein 15 Enthaltung 0

Beschluss:

1. Dem Bauprogramm für die Realisierung der Sanierung des Hanhoff wird zugestimmt. Die Ausführung der Sanierungsarbeiten erfolgt dabei entsprechend dem vorliegenden Plan (s. Anlage 1).
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung der Baumaßnahme beauftragt.
3. Die Verwaltung wird mit der Erstellung eines Entwurfs einer Einzelfallsatzung für die Abrechnung von KAG-Beiträgen wie im Sachverhalt geschildert beauftragt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja: 25	Nein: 5	Enthaltung: 1
--------	---------	---------------

5.3 Sanierung der Industriestraße: Beschluss über das Bauprogramm Vorlage: 047/2018

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 3 beigelegt. Das Petitionsschreiben der Anrainer vom 19.04.2018 sowie die E-Mail an die Bürgermeisterin vom 20.04.2018 sind dem Originalprotokoll als Anlage 3.1 beigelegt.

Herr Fuchte erläutert den Sachverhalt. Es handelt sich um eine grundlegende Sanierung mit der Einrichtung eines Wendehammers (Radius = 9 m) für Rettungswagen und Löschfahrzeuge.

Ratsherr Jan Van de Vyle weist auf die Änderungen hin, die neu kalkuliert werden müssen (es gab 3 Varianten) und schlägt deshalb eine Vertagung vor. Ratsherr Helmut Walter sieht die Notwendigkeit eines Wendehammers aus Brandschutzgründen und kann der Maßnahme zustimmen.

Ein betroffener Anlieger erläutert seine Stellungnahme. Die Bürgermeisterin befürwortet ein Mitnehmen der Anlieger im Entscheidungsprozess und sagt die Unterstützung seitens des Wirtschaftsförderers, Herrn Driever, zu.

Ratsherr Markus Lunau will keinen Schnellschuss riskieren und schließt sich der UBG an. Zum einen wegen der Kosteneinschätzung und zum anderen muss den Bedürfnissen der Anlieger entsprochen werden.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Ja: 30	Nein: 0	Enthaltung: 1
--------	---------	---------------

5.4 Antrag der UBG-Fraktion: Dorfentwicklung Appelhülsen
Vorlage: 043/2018

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 4 beigelegt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Vorschlag der Verwaltung:

Eine Öffentlichkeitsveranstaltung findet nach einer Grundsatzentscheidung zu einem integrierten Handlungskonzept für den Ortsteil Appelhülsen statt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Beschlussvorlage nach Vorliegen der Förderbestimmungen für die Dorferneuerung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

5.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Südlich Lerchenhain, Anträge zur Planung
Vorlage: 048/2018

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 5 beigelegt.

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Antrag wird an den zuständigen Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen verwiesen. Die Beratung soll nach Abschluss nach frühzeitiger Beteiligung stattfinden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

**5.6 Antrag der UBG-Fraktion: Kreisverkehr an der OU Nottuln (B 525)
Vorlage: 049/2018**

Die Vorlage ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 6 beigelegt.

Ratsherr Jan Van De Vyle erläutert den UBG-Antrag. Herr Fuchte informiert, dass der Landesbetrieb Straßenbau NRW Markierungen vorgesehen hat.

Beschluss:

Bürgermeisterin Mahnke wird beauftragt, Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW mit der Zielsetzung der Einführung der Furt zu führen.

**Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen**

**5.7 Antrag CDU vom 29.03.2018 Straßenschild (Durchfahrt für LKW verboten,
Anlieger frei)**

Der CDU-Antrag ist dem Originalprotokoll als Anlage Nr. 7 beigelegt.

Herr Fuchte erklärt, dass das Aufstellen von Verkehrsschildern die Aufgabe des Kreises Coesfeld ist. Somit ist die rechtliche Durchsetzbarkeit schwierig. Im Sommer wird die Ortsdurchfahrt für den Durchgangsverkehr gesperrt. Durch den Gewöhnungseffekt kann künftig der LKW-Verkehr durch den Ort minimiert werden.

Die Bürgermeisterin schlägt die pragmatische Lösung, den Antrag direkt beim Landesbetrieb Straßenbau NRW zu diskutieren, vor.

Ratsherr Markus Lunau appelliert an die Verwaltung, mit Straßen NRW Gespräche hinsichtlich der Aufstellung der Straßenschilder zu führen.

Nach dieser Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen NRW mit der Zielsetzung der Aufstellung von Straßenschildern zu führen.

**Abstimmungsergebnis:
mehrheitlich angenommen**

Ja: 27	Nein: 2	Enthaltung: 2
--------	---------	---------------

6 Verschiedenes

Die Fragen der Politik werden von der Verwaltung beantwortet.

Manuela Mahnke
Vorsitzende

Jutta Tiefenbach
Ratsmitglied

Elke Schulz Josef
Wewering
Schriftführerin